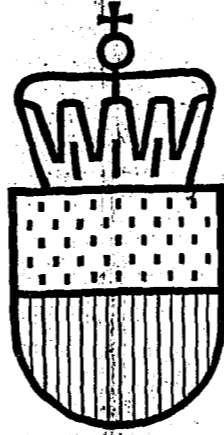


# Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 22.—; halbjährlich Fr. 11.50; vierteljährlich Fr. 6.—. Ausland jährlich Fr. 42.—; halbjährlich Fr. 22.—. Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», 9490 Vaduz, Altenbachstr. 99, Telefon (075) 2 19 37 / 2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», 9494 Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zelle: Anzeigen Reklame  
Inland 12 Rp. 30 Rp.  
Schweiz 15 Rp. 35 Rp.  
Übriges Ausland 17 Rp. 40 Rp.  
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 19 37. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, 9001 St. Gallen, Tel. (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

**Amtliches Publikationsorgan**

**des Fürstentums Liechtenstein**

AZ — 9490 Vaduz, Mittwoch, 3. August 1966

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

100. Jahrgang — Nr. 114

## «Der Begehrlichkeit Grenzen setzen...» Aus dem Fürstenhause:

Die Ansprache von Altbundesrat F. T. Wahlen an der Bundesfeier der Schweizer in Liechtenstein

«Es ist mir eine grosse Freude, unseren lieben Schweizern im Fürstentum Liechtenstein am heutigen Bundesfeiertag einen Gruss aus der nachbarschaftlichen Heimat zu überbringen. Nicht dass sie sich hier verloren und verlassen fühlen! Die Anwesenheit des Landesfürsten an der heutigen Feier, des Landtagspräsidenten, des Regierungschefs und zahlreicher Liechtensteiner Bürger zeigt, wie stark unsere Schweizerkolonie mit ihrer Wahlheimat verwachsen ist, und ich möchte den verehrten Herren, namentlich Seiner Durchlaucht dem Landesfürsten, für diese Aufmerksamkeit recht herzlich danken.

Der diesjährige 1. August steht unter einem ganz besonderen Zeichen, begehen wir doch heuer das Jahr der fünften Schweiz, gedenken also mehr noch als an andern Bundesfeiertagen unserer Landsleute, die in den fünf Kontinenten unseres Planeten ihr Auskommen suchen

### Brief aus Österreich

Budget-Landesverteidigung-Preissteigerung

Wien, (B) Das mit 81 volksparteilichen gegen 79 sozialistische Stimmen angenommene Budgetgesetz enthält — der Opposition zufolge — bloß geringe Wachstumsimpulse für die Wirtschaft. Dieser Ansicht nach wirkt der Voranschlag restriktiv, obgleich die gegenwärtige Lage gerade eine Ausweitung der staatlichen Investitionen und allgemein investitionsfördernde Maßnahmen erfordert. Die SPOe verlangt in diesem Sinne kurzfristige Kredite und kritisiert OeVP-Finanzminister Schmitz, weil er in seinem Programm den Begriff der «Währungsneutralität» prägt, den die Finanzwissenschaft nicht kenne. Ohne sich auf weitere Polemiken einzulassen, ließ die OeVP der vereinigten Opposition durch einen Abgeordneten vorrechnen, daß die von ihr geforderten Maßnahmen Mehrausgaben in der Höhe von 2,7 Milliarden Schillingen voraussetzen, für die es keine haushaltsmässige Deckung gibt.

Nach längeren Beratungen hat nunmehr der Ministerrat einen Gesetzesentwurf beschlossen, der endlich das Verfügungsrecht über das Bundesheer regelt. Demnach verfügt der Verteidigungsminister den Einsatz der österreichischen Streitkräfte — auch im Fall von Elementarkatastrophen — auf Grund von Richtlinien der Bundesregierung. Das gilt sowohl für die Art als auch für den Umfang des «Einsatzes zur Behauptung der Unabhängigkeit der Republik und der Unverletzlichkeit ihres Gebietes». Die erforderlichen Maßnahmen kann der Verteidigungsminister treffen. Er muß jedoch dem Bundespräsidenten als verfassungsmässigem Oberkommandierender über jede Verfügung Bericht erstatten. Durch das neue Ermächtigungsgesetz will die Regierung die Einsatzbereitschaft des Bundesheeres jederzeit gewährleisten. Bezüglich des sozialistischen Ansinnens — vielleicht handelt es sich dabei bloß um einen psychologisch zügigen Wahlschlager —, die Dienstpflicht von neun Monaten auf sechs herabzusetzen, ist es in letzter Zeit ganz still geworden.

Zur Bekämpfung der stets ansteigenden Lebensmittelpreise, hat sich die Regierung nun zu energischen Gegenmaßnahmen entschlossen. Demnach wird die Einfuhr von Schlachtvieh bis September vom Zoll befreit, die Ausfuhr von Rindern eingeschränkt, jene von Schweinen und Wildbret aller Art bis Ende August überhaupt verboten. Der Ruin des landwirtschaftlichen Gefüges in den kommunistisch regierten Nachbarländern macht sich jetzt auch in Oesterreich nachteilig bemerkbar. Aus den einst unerschöpflichen östlichen Liefergebieten ist nichts mehr zu holen, da sogar die einheimische Bevölkerung nicht nur selber Schlange stehen, sondern sich überdies noch mit minderwertigen Fleischimporten aus Uebersee abfinden muß. Wien soll nunmehr die amtliche Preisaufsicht verschärfen und gegen Händler vorgehen, die gegen das Preisregelungsgesetz verstossen. Dazu bedarf es allerdings erweiterter Ministervollmachten, die vom Parlament genehmigt werden müssen. Die allgemeine Steigerung der Lebensmittelpreise erfordert überhaupt eine Aenderung des Preisregelungsgesetzes, mit der sich der Verfassungsausschuß des Parlamentes herumschlägt.

und in ihrer weit überwiegenden Mehrzahl Ehre für die Heimat einlegen. Nach jahrzehntelangen Bemühungen und Diskussionen haben die eidgenössischen Räte einhellig dem Entwurf eines Auslandschweizerartikels unserer Bundesverfassung zugestimmt. Am 16. Oktober werden Volk und Stände den Schlussentscheid treffen, und ich zweifle nicht daran, dass es sich um ein eindrucksvolles Bekenntnis zu unseren Landsleuten im Ausland handeln wird.

Für unsere hier anwesenden liechtenst. Freunde muss ich wohl kurz erklären, wo der merkwürdige Ausdruck «fünfte Schweiz» herkommt. Wir sind, wie Sie wissen, ein vielstämmiges und viersprachiges Volk. Die vier Sprachen, — Deutsch mit seinem Regenbogen von Mundarten, Französisch, Italienisch und Romanisch mit seinen zwei Abarten — stehen in dieser bildhaften Gliederung für die 1. bis 4. Schweiz, unsere Auslandschweizerkolonien insgesamt für die fünfte. Ein buntes Mosaik, bunter noch durch die Existenz von 22 souveränen Kantonen, deren politische Grenzen in vielen Fällen die Sprachgrenzen überschreiten, und in denen allen verschiedene Konfessionen beheimatet sind.

Es ist eine grosse Aufgabe, deren wir uns am heutigen Festtag besonders bewusst werden wollen, dieses Mosaik in seinem Zusammenhalt und in seiner ganzen Strahlungskraft zu erhalten. Der Staatsgedanke der Schweiz. Eidgenossenschaft beruht nicht auf einer Gemeinsamkeit der Sprache oder Rasse, sondern auf einem den vielfältigen Elementen unseres Staates gemeinsamen, durch die Geschichte geformten politischen Willen zum friedlichen Zusammenleben in der Freiheit. Beide, das friedliche Zusammenleben und die Freiheit, sind immer wieder gefährdet und wollen immer wieder neu erobert sein. Das friedliche Zusammenleben setzt nicht nur Toleranz für das Andersartige voraus, sondern echte Zuneigung zur Vielfalt, und Liebe zu den andern Kulturen und Sprachen, ganz besonders da, wo es sich um Minderheiten handelt. Wenn der ständige Gedankenaustausch, der fruchtbare Dialog, schon eine der wesentlichen Voraussetzungen für das Funktionieren der Demokratie ist, so gilt das in ganz besonderer Weise für den vielsprachigen Staat.

Auch die Freiheit muss immer neu errungen werden. Ich spreche im Moment nicht von der Freiheit gegen aussen, sondern von der Freiheit jedes einzelnen Bürgers innerhalb der staatlichen Gemeinschaft. In den letzten Jahrzehnten sind die Ansprüche an den Staat immer höher gestiegen; wir erwarten von ihm die wirtschaftliche und soziale Sicherheit, und sind uns nicht bewusst, dass wir damit immer abhängiger, das heisst, immer unfreier werden. Wir müssen wieder mehr erkennen, dass wir der Begehrlichkeit durch die Verantwortung Grenzen setzen müssen, wenn wir unsere Freiheit nicht selbst gefährden wollen.

Es wäre ein Leichtes, Euch, meine lieben Landsleute, zu diesen Ueberlegungen handfeste Beispiele aus dem gegenwärtigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben der Schweiz zu nennen. Die knappe Zeit verbietet das, um so mehr als ich hier im Kreise von Auslandschweizern doch das Jahr der 5. Schweiz in den Mittelpunkt meiner Betrachtungen stellen möchte.

Nur soviel möchte ich sagen: Es ist in der heutigen Schweiz ein bisschen zur ungunsten Mode geworden, zu klagen und zu kritisieren, und da müssen vor allem die Behörden erhalten. Wer regelmässig gewisse Blätter liest, kommt leicht zum Eindruck, unsere Institutionen seien hoffnungslos überholt, und unsere Behörden nicht mehr in der Lage, die vielfältigen Probleme der heutigen Zeit zu meistern. Zugegeben: an unseren staatlichen Institutionen ist manches zu ändern, und wohl noch keine Generation hatte so viele dringende Probleme auf einmal zu lösen wie die unsere. Aber das tut man nicht mit der üblichen, negativen Rechthaberei, die diese Blätter enthalten. Ich sage Euch als Auslandschweizer: Unser Land ist im Kern gesund, die Behörden, vorab der Bundesrat arbeiten mit Hingabe und Kompetenz. Und wir werden mit den Problemen fertig werden.

Zurück zur fünften Schweiz: Vielfältig sind die Motive, die den Schweizerbürger veranlassen, sein Brot in der Fremde zu suchen. In früheren Jahrhunderten war es die Kargheit der heimatischen Scholle, die viele unserer Landsleute zur Auswanderung zwang. Seit die Industrialisierung es mit sich brachte, dass jeder Dritte in der Schweiz Beschäftigte ein Ausländer ist, be-

Glückwunschtelegramm nach Bern

Aus Anlass des schweizerischen Bundesfeiertages hat Seine Durchlaucht der Landesfürst folgendes Glückwunschtelegramm absenden lassen: Seiner Exzellenz Herrn Bundespräsident Dr. Hans Schaffner, Bundeshaus, Bern.

«Die so enge Freundschaft, welche mein Land mit der Schweiz verbindet, ist mir ein willkommener Anlass, Ihnen Exzellenz, dem Schweizer Bundesrat und dem Schweizervolk anlässlich des Bundesfeiertages meine herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln. Ich sende diese Wünsche auch namens meiner Regierung und des liechtensteinischen Volkes, welche mit mir dem Nachbarlande aus aufrichtigem Herzen Glück und Wohlergehen wünschen.»

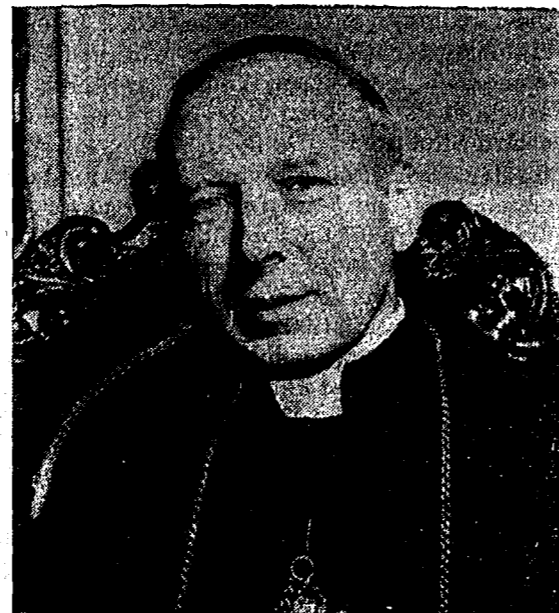
Franz Josef II. Fürst von Liechtenstein

steht dieser Zwang nicht mehr. Die Lust, andere Landstriche und Völker kennen zu lernen, die gesunde Neugierde, der Wunsch, in den Entwicklungsländern am Aufbau einer neuen Welt mitzuwirken, sind an seine Stelle getreten. Es wäre schlecht um die Schweiz bestellt, wenn all diese Gründe nicht fortfahren würden, unsern Kolonien neues Blut zuzuführen. Was aber immer der Beweggrund zur Auswanderung sein mag: der auswandernde Schweizerbürger nimmt neben seinem Reisegepäck auch ein Paket von Verantwortungen mit sich. Die naheliegendste ist die, dass er sich bewusst sein muss; dass seine Heimat an seinem Verhalten und seinen Leistungen gemessen wird. Die Verantwortungen dem Gastland gegenüber sind aber ebenso weittragend. Im Blick auf die Schweiz sprach ich eben von den zwei grossen Aufgaben, die sich uns stellen: Sicherung des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Sprachen und Stämme, und die Erhaltung der Freiheit. In unserer so klein gewordenen Welt, in der alle aufeinander angewiesen sind, haben diese Aufgaben universelle Bedeutung gewonnen. Wenn es nicht gelingt, das gegenseitige Verständnis zu fördern, das vorhandene Misstrauen Schritt für Schritt zu beseitigen, die Wertschätzung anderer Kulturen, Gebräuche und Traditionen zu vertiefen, gehen wir im Zeichen der Atombombe einer düsteren Zukunft entgegen. Und die Auslandschweizer, die in Entwicklungsländern tätig sind — und wir alle mit ihnen — müssen sich bewusst sein, dass die Freiheit ein lee-

### Kardinal Wyszynski

Der große geistige Führer Polens 65 Jahre alt

Heute Mittwoch feiert der Primas von Polen, Kardinal Wyszynski, Erzbischof von Gnesen und Warschau, seinen 65. Geburtstag. Wyszynski steht seit einiger Zeit so stark im Rampenlicht, daß man seinen Geburtstag stillschweigend übergehen könnte. Im Jahre der Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens blickt die Welt immer wieder nach Polen — mehr als den politischen Machthabern lieb ist. Man will das



«Ich bin kein Politiker, ich bin kein Diplomat und ich bin auch kein Neuerer. Ich bin Euer geistiger Vater, ich bin der Hirte und Bischof Eurer Seelen.» (Wyszynski)

Millenarium nur zu gern in eine Tausendjahrfeier der Staatsgründung umbiegen; doch können auch die diplomatischen Vertreter Polens auf ihren Pressekonferenzen im Ausland das christliche Polen nicht einfach wegstreichen.

Mit Wyszynski steht noch ein anderer Mann in Polen zuvorderst: Gomulka. Nach dem Auseinanderprall von Staat und Kirche, von Gomulka und Wyszynski, steht Wyszynski mit mehr Autorität denn je da, Gomulka hingegen hat eingebüßt.

1948 hatte Wyszynski gesagt, er sei weder Politiker, noch Diplomat und auch kein Neuerer. Er sei einzig und allein geistiger Vater, Hirte und Bischof der Seelen. Das Programm, das sich Wyszynski aufgestellt hatte, konnte nicht eingehalten werden. Die Ereignisse der letzten Jahre haben ihm die Rolle des Diplomaten und Politikers aufgezwungen.

Die Kirche in Polen kann nicht einfach auf aktiven Widerstand verzichten. Wyszynski kennt seinen Gegenpart und ist mit der Taktik der Kommunisten vertraut. Sobald die Kirche auch nur einen Schritt zurückweicht, dann stößt das Regime um diesen einen Schritt vor und sucht, der Kirche, sogar in ihrem Innerbereich, das Existenzminimum abzuzucken. Im Ausland hat man die Haltung des Kardinals nicht immer recht verstanden und darum auch, da und dort, nicht immer gebilligt.

Der Brief an den deutschen Episkopat löste eine überaus heftige und unsachliche Reaktion Warschau aus. Man fuhr mit dem grössten Geschütz von Beschuldigungen auf, die, als sie verknallt waren, teilweise wieder zurückgenommen werden mußten. Eine Folge war, daß Wyszynski keinen Paß erhielt und nicht nach Rom fahren konnte. Eine weitere Folge war, daß nicht nur die deutschen Bischöfe, sondern auch die Bischöfe anderer Länder — aus der Schweiz hätte, wie der Präsident der Bischofskonferenz,

Mgr. Jelmini, Kardinal Wyszynski mitteilte, Bischof Vonderach von Chur an den Feiern in Tschenschou teilnehmen sollen — nicht nach Polen reisen konnten. Dazu kamen die Angriffe am Radio und in der Presse und die Schikanen während der Millenariumsfeiern.

Die Ruhe ist noch nicht eingekehrt. Wyszynski und die Kirche stehen geachtet da; wenn jemand angeschlagen ist, dann das Regime.

Wyszynski, der weder Diplomat, noch Neuerer, noch Politiker sein wollte, wurde vom Regime in diese Rolle gedrängt. Sie wurde ihm aufgezwungen, und es blieb ihm keine andere Wahl, als sich auch darin zu behaupten. Mitten im Sturm bewahrt Wyszynski nicht nur einen klugen, sondern auch einen klaren Kopf. Am 30. Januar rief er in einer Predigt in Tschenschou die Bischöfe auf, im Kampf gegen die Mächte der Finsternis stark zu sein. Das war das eine. Denn er sagte auch, sie müßten ruhig und züversichtlich sein. Ruhig und züversichtlich sein: das ist eine Stärke Wyszynskis. Man hat den Kämpfer und Taktiker Wyszynski nicht immer und nicht überall verstanden. Wyszynski ist Realist. Darum sagte er, man dürfe keine Luftschlösser bauen. Man könne nicht immer 100 Prozent erlangen. Wenn man aber 70 Prozent erlangen könne, dann müsse man die Hände ausstrecken und hoffen, Gott werde das übrige tun. Also Ruhe und Zuversicht.

Stefan Wyszynski wurde am 3. August 1901 im mährischen Zuzela geboren, wurde im August 1924, an seinem Geburtstag, Priester, war dann zuerst Vikar und studierte dann weiter, an der katholischen Universität Lublin, in Rom, in Deutschland, in Belgien und in den Niederlanden. Wyszynski ist vor allem im Kirchenrecht und in Soziologie. In beiden Fächern gilt er als Autorität. Nach seiner Rückkehr nach Polen wurde er Professor am Seminar in Wloclawek. Gleichzeitig nahm er sich der Arbeiterge-